

**Arbeitskreis Verbandsgemeinde  
Kelberg - muss bleiben  
Kommunal- und Verwaltungsreform  
Selbstständigkeit oder Fusion der  
Verbandsgemeinde Kelberg**



bürgernah · leistungsstark · selbstständig  
Internet: [www.vg-kelberg-muss-bleiben.de](http://www.vg-kelberg-muss-bleiben.de)

## *Wir stehen zu unserer Verbandsgemeinde*

Hier das Antwortschreiben von Herrn Daniel Köbler, MdL, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz, zu unserem Schreiben an Herrn Ministerpräsident Beck, Herrn Staatsminister Lewentz, die Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden des Landtages sowie die Damen und Herren Landtagsabgeordneten aus der Region.

Sehr geehrter Herr Kapell, lieber Arbeitskreis Verbandsgemeinde Kelberg - muss bleiben, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. März 2012 zum Thema Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) in Rheinland-Pfalz. Wir nehmen ihre Bitte um eine Aussetzung der KVR für die Verbandsgemeinde Kelberg zur Kenntnis.

Ich werde im Folgenden versuchen Ihnen die Position der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu diesem Sachverhalt näher zu bringen und erlaube mir an dieser Stelle noch einmal an die Ziele der KVR zu erinnern und daraus den dringenden Bedarf einer Gebietsreform aufzuzeigen. Aufgrund der demografischen Situation, der Verankerung der Schuldenbremse auch in rheinland-pfälzischen Landesverfassung und der Pflicht, eine nachhaltige und effiziente Verwaltungsstruktur anzustreben, ist die Notwendigkeit der Kommunalreform offensichtlich. Dazu folgendes Zitat aus dem Koalitionsvertrag:

„Die demografische Entwicklung, die prekäre Finanzausstattung der Kommunen und der Wandel der Aufgabenwahrnehmung erfordern eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform. Wir streben effiziente und transparente Strukturen an, die den engen Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern und soziale Teilnahme auch in Zukunft gewährleisten.“

Wir möchten mit dieser Reform die wirtschaftliche und politische Autonomie der Kommunen auf Dauer sichern. Dies ist jedoch nur mit finanzieller auch lebensfähigen Gebietskörperschaften möglich. Deshalb appellieren wir an die Verbandsgemeinden, sich im Laufe der freiwilligen Phase von 2009 - 2012 einen geeigneten Fusionspartner zu suchen.

Daher werben wir für eine Fusion der Verbandsgemeinden und setzen uns gleichzeitig dafür ein, dass auch in den Fusionsgemeinden ein hohes Maß an Bürgernähe erhalten bleibt, z. B. durch die Beibehaltung von Bürgerämtern vor Ort oder durch die Einrichtung eines sogenannten mobilen Bürgerservices. Klar ist dabei, dass lediglich Verwaltungsangelegenheiten wie Bauämter, Tourismusabteilungen oder Wirtschaftsförderungen zusammengelegt werden. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger ist die Fusion aus praktischer Sicht nicht spürbar.

Im Falle der VG Kelberg lohnt es sich in der Tat eine Ausnahmeklausel im Gesetz genauer zu beachten:

„Aus besonderen Gründen können Unterschreitungen der Mindestgrößen nach Absatz 2 Satz 1 unbeachtlich sein, wenn die verbandsfreien Gemeinden und die Verbandsgemeinden die Gewähr dafür bieten, langfristig die eigenen und übertragenen Aufgaben in fachlich hoher Qualität, wirtschaftlich sowie bürger-, sach- und ortsnah wahrzunehmen. Besondere Gründe sind vor allem landwirtschaftliche und topografische Gegebenheiten, die geografische Lage einer kommunalen Gebietskörperschaft unmittelbar an der Grenze zu einem Nachbarstaat oder einem Nachbarland, die Wirtschafts- und Finanzkraft, die Erfordernisse der Raumordnung sowie die Zahl der nicht kasernierten Soldatinnen und Soldaten, Zivilangehörigen und familienangehörigen der ausländischen Stationierungskräfte, soweit diese nicht den deutschen Meldevorschriften unterliegen. (Erstes Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform § 2 Abs. 3)

Ob der Passus im Falle Kelbergs greift, wird zu prüfen sein. Nach dem Ende der freiwilligen Phase, wird die Reform weiter umgesetzt werden. Nach der Anhörung aller Beteiligten wird eine Entscheidung fallen. Wir GRÜNE setzen dabei auf eine starke Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Befragungen können Grundlage für eine Lösung sein, über die der Landtag am Ende entscheidet.

*Mit freundlichen Grüßen  
Daniel Köbler,  
Fraktionsvorsitzender*